

## GRIECHENLAND - DICHTUNG UND WAHRHEIT

**(oder auch Lug und Trug, üble Nachrede, Fehlinformation etc. pp.)**

zusammengestellt aus Veröffentlichungen der Rosa Luxemburg-Stiftung und der Zeitung  
FAKTENCHECK HELLAS

### **>> „Die Griechen sind faul“**

In Griechenland wird sehr viel gearbeitet. Die tatsächliche Wochenarbeitszeit – abzüglich Mittagspausen – lag vor der Krise laut Eurostat bei 44,3 Stunden, in Deutschland waren es 41 Stunden und im EU-Durchschnitt 41,7 Stunden.<sup>2</sup> Die französische Bank Natixis kam für Deutschland auf eine Jahresarbeitszeit von durchschnittlich 1.390 Stunden, in Griechenland sind es 2.119 Stunden.<sup>3</sup> Einordnung: «Deutschland hat zwar auch hohe Schulden – aber wir können sie auch begleichen. Weil wir morgens ziemlich früh aufstehen und den ganzen Tag arbeiten.»<sup>4</sup> Abgesehen davon, dass in Griechenland viel gearbeitet wird, und abgesehen davon, dass Freizeit nicht unbedingt etwas Schlechtes ist und Arbeit nicht unbedingt etwas Gutes: Es ist prinzipiell falsch, die Ursache der Krise eines Landes im mangelnden Fleiß der Einwohner zu suchen. Die Bevölkerung hat nicht die Wahl, einfach mal länger zu arbeiten, um die Krise zu beenden. Eher ist es umgekehrt: Wegen der Krise sind viele Griechen mittlerweile erzwungenermaßen erwerbslos. Die offizielle Arbeitslosenrate lag Ende 2014 bei rund 25 Prozent, bei den Jugendlichen war sogar jeder zweite ohne eine Anstellung. Man sieht: Nicht «Faulheit» verursacht Krisen, sondern Krisen vernichten Jobs. Umgekehrt ist es in Deutschland: Dort hat der Aufschwung die Arbeitslosenquote unter 7 Prozent gedrückt.

### **>> „Die Griechen machen zu viel Urlaub“**

Faktenlage: Laut EU-Agentur Eurofound hatten griechische Arbeitnehmer vor der Krise durchschnittlich einen Urlaubsanspruch von 23 Tagen im Jahr. Die Deutschen sind in der glücklichen Lage, 30 Urlaubstage nutzen zu können. Das ist Spitze in Europa. Daran ändert sich auch nichts, wenn Feiertage hinzugezählt werden. Einordnung: «Wir können nicht eine Währung haben, und der eine kriegt ganz viel Urlaub und der andere ganz wenig», sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel Mitte Mai 2011. Es handelt sich hier um eine Variante des «Faulheitsvorwurfs». Es wird der Versuch gemacht, die Krise mit dem individuellen Fehlverhalten der Griechen zu erklären. Im Umkehrschluss lobt die Bundeskanzlerin das eigene Staatsvolk: Dass «wir» ökonomisch gut dastehen, läge an «unserem» Fleiß.

### **>> „Wir zahlen den Griechen Luxusrenten“**

Laut OECD lag das durchschnittliche Renteneintrittsalter von Männern in Deutschland 2010 bei 61,5 Jahren, in Griechenland bei 61,9 Jahren. Die Griechen bezogen auch keineswegs «Luxusrenten»: Die griechische Durchschnittsrente betrug 55 Prozent des Durchschnitts der in der Euro-Zone gezahlten Renten. Im Jahr 2007 lag sie bei 617 Euro. Zwei Drittel der griechischen Rentner mussten bereits vor der Krise mit weniger als 600 Euro im Monat über die Runden kommen. Einordnung: «Es geht auch

darum, dass man in Ländern wie Griechenland, Spanien, Portugal nicht früher in Rente gehen kann als in Deutschland», sagte Kanzlerin Merkel Mitte Mai 2011. Zwar müssten die Bundeskanzlerin und auch die BILD um die wirkliche Lage der griechischen Rentner wissen. Doch für sie zählen die Fakten offensichtlich nichts. Gemäß ihrer Logik ist jedes Rentenjahr und jeder Renten-Euro ein Luxus in einem Land, das in der Krise steckt. Infolgedessen sahen die EU-Kredite eine massive Kürzung der griechischen Renten vor, die auch umgesetzt wurde. Ähnliches gilt für die staatlichen Ausgaben für Gesundheit und Arbeitslose.

### >> „Ein fettes Leben gemacht!“

Das Lohnniveau in Griechenland betrug 2010 nur 73 Prozent des Durchschnitts in der Euro-Zone. Die Arbeitskosten je Stunde lagen laut Eurostat bei 17,7 Euro in Griechenland und bei 29 Euro in Deutschland. «Nach Angaben des gewerkschaftsnahen Instituts für Arbeit verdient ein Viertel aller griechischen Beschäftigten weniger als 750 Euro im Monat.»<sup>6</sup> Lehrer zum Beispiel verdienten nach 15 Dienstjahren etwa 40 Prozent weniger als in Deutschland – und das war vor der Krise. Laut Eurostat war bereits damals ein Fünftel aller Griechen von Armut bedroht (heute ist es mehr als ein Viertel), 25 Prozent der Bevölkerung verfügten über keinen ausreichenden Wohnraum (im Vergleich dazu Deutschland: 7 Prozent). Zwar haben die griechischen Arbeitnehmer von 2000 bis 2010 Lohnsteigerungen von über 38 Prozent erkämpft. Doch reicher sind sie dadurch nicht geworden: Berücksichtigt man die Inflationsrate, so bleibt eine Reallohnsenkung von 1,6 Prozent.<sup>7</sup> Einordnung: Beim Verweis auf hohe Löhne in Griechenland handelt es sich um eine «Krisenerklärung», die den Faulheitsvorwurf um «Gefräßigkeit» ergänzt. Wie bei der «Faulheit» und bei den «Luxusrenten» wird versucht, scheinbar eingängige Alltagsweisheiten auf die große Ökonomie anzuwenden: Man muss hart arbeiten und sparsam sein, dann geht es schon. So kann man kleine Krisen deuten und auch die große: «Man hätte einfach nur die schwäbische Hausfrau fragen sollen», riet Merkel. «Sie hätte uns eine Lebensweisheit gesagt: Man kann nicht auf Dauer über seine Verhältnisse leben.» Das sei der Kern der internationalen Krise.» Tatsächlich ist die Differenz zwischen Binsenweisheiten und Realität offensichtlich. So schafft «harte Arbeit» keinen Aufschwung, vielmehr zieht ein Aufschwung viele Arbeitsplätze nach sich. Zudem kann «Sparsamkeit» in den Ruin führen (so wie im Fall Griechenland, das seine Staatsausgaben nach 2010 um ein Fünftel kürzte, was die Wirtschaftsleistung abstürzen ließ). Neue Schulden wiederum sind nicht unbedingt etwas Schlechtes, da sie dabei helfen können, schwierige Zeiten zu überbrücken (so wie in Deutschland in der Rezession 2009, als höhere Staatsausgaben die Konjunktur stabilisierten).

### >> „Die Griechen haben über ihre Verhältnisse gelebt.“

Die Regierung in Athen gab in den Jahren vor der Krise stets mehr aus, als sie einnahm. Zwischen 2000 und 2007 betrug ihr Budgetdefizit zwischen 4 und 7 Prozent der Wirtschaftsleistung. Einordnung: Griechenland ist kein Einzelfall. Nahezu jede Regierung der Welt «lebt über ihre Verhältnisse», sprich: Sie gibt mehr aus, als sie einnimmt. So rangierte das Budgetdefizit der Bundesregierung zwischen 2000 und 2007 zwischen 1,6 Prozent und 4 Prozent der Wirtschaftsleistung. Das Problem Griechenlands war nicht so sehr die Neuverschuldung als vielmehr die Tatsache, dass die Finanzmärkte irgendwann gegen Athen spekulierten und damit die Zinsen für Neukredite in unbezahlbare Höhe trieben. Dies kann auch einem Land ohne hohe Defizite widerfahren. Das zeigt das Beispiel Irland, das vor der Krise gar keine Defizite, sondern meist Überschüsse im Haushalt verzeichnete – dennoch fiel es den Finanzmärkten zum Opfer und musste

von der EU und dem IWF mit 85 Milliarden Euro unterstützt werden. «Deutschland hat zwar auch hohe Schulden – aber wir können sie auch begleichen [...] Weil wir von unserem Gehalt immer auch einen Teil für schlechte Zeiten sparen», behauptete 2010 die BILD. Hinsichtlich der staatlichen Verschuldung hat die BILD unrecht – auch die Bundesregierung hat sich in der Vergangenheit netto verschuldet und nicht «gespart». Gesamtwirtschaftlich gesehen ist hingegen etwas dran an der Behauptung: Den deutschen Staatsschulden von rund 2.000 Milliarden Euro steht in Deutschland ein Gesamtvermögen von etwa 7.400 Milliarden Euro gegenüber. Allerdings ist dies nicht «unser» Vermögen. Vielmehr ist es größtenteils in den Händen weniger Reicher konzentriert. Dem Staat würde dieses Vermögen nur etwas nützen, wenn er Zugriff darauf bekäme – wenn er es also besteuert. Doch das soll nicht geschehen: Die Vermögenssteuer wurde 1997 abgeschafft.

### **>> „Der griechische Staat war viel zu aufgebläht!“**

Die sogenannte Staatsausgabenquote, welche die Staatsausgaben im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) erfasst, lag in Griechenland 2008 bei 48 Prozent, in Deutschland bei nur 44 Prozent. Einordnung: Vor der Krise sah die Sache allerdings anders aus: Die griechische Staatsausgabenquote sank zwischen 2000 und 2006 von 47 Prozent auf 43 Prozent und lag in diesem Zeitraum stets unter der deutschen Quote. Grund für den Rückgang war ein starkes Wirtschaftswachstum in diesen Jahren, das im Zuge der Finanzkrise einbrach. Für die «Aufblähung» der griechischen Staatsausgaben war also die Rezession verantwortlich, nicht hellenische Verschwendungssucht. Nebenbei bemerkt: Schweden verzeichnet seit zehn Jahren eine Staatsausgabenquote zwischen 51 Prozent und 55 Prozent des BIP – und ist dennoch nicht pleite. Und noch ein Wort zum «aufgeblähten» Beamtenapparat: In Griechenland waren im Jahr 2010 laut OECD 7,9 Prozent aller Erwerbstätigen Beamte. Für Deutschland lag der Wert bei 9,6 Prozent und im Durchschnitt aller Industrieländer bei 15 Prozent. Und: Vor der Krise entsprach der Betrag, den Griechenland für Sozialausgaben verwendete, 29 Prozent der Wirtschaftsleistung. Der Durchschnitt in der Euro-Zone lag bei über 30 Prozent.

### **>> „Griechenland war nicht wettbewerbsfähig“**

Das stimmt – wenn man den Außenhandel als Maßstab nimmt. Hier verbuchte Griechenland in den Jahren vor der Krise ein hohes Defizit, das 2009 um die 14 Prozent der Wirtschaftsleistung erreichte. Das heißt: Griechenland importierte mehr, als es exportierte. Als Grund hierfür wurden vor allem zu hohe Lohnsteigerungen genannt. Daher wurde seit 2010 das griechische Lohnniveau gesenkt, um das Land wieder konkurrenzfähig zu machen. Einordnung: «Wettbewerbsfähigkeit» ist keine «Fähigkeit». Sie beschreibt ein Verhältnis. In der Tat sind die Lohnstückkosten in Griechenland zwischen 2000 und 2010 um fast 40 Prozent gestiegen. Ein Problem war dies aber nur, weil die Lohnstückkosten in anderen Ländern weniger stark gestiegen sind und die Unternehmen aus diesen Ländern daher einen Kostenvorteil auf dem Weltmarkt hatten. Europameister beim Lohnsparen war Deutschland. Dort stiegen die Lohnstückkosten dank bescheidener Tarifierhöhungen nur um 5 Prozent. Ergebnis waren hohe Exportüberschüsse für Deutschland und hohe Importüberschüsse für Länder wie Griechenland, Portugal, Irland oder Spanien. Der deutsche Erfolg war also nur das Spiegelbild des Misserfolgs in der Euro-Peripherie: ohne Defizite in Griechenland, Spanien, Portugal keine deutschen Überschüsse. Über seine Exportoffensive sanierte sich Deutschland also auf Kosten seiner Nachbarn. Deutschland habe eben «fitte Unternehmen, deren Produkte rund um den Globus gefragt sind», triumphierte die BILD. Das Sprachrohr der «kleinen Leute» sollte bei aller Freude aber nicht vergessen, dass der

deutsche Exporterfolg mit der Armut der Arbeitenden bezahlt wurde: Da die Löhne sanken oder nur schwach stiegen, kam der private Konsum in Deutschland zehn Jahre lang kaum vom Fleck. Und noch eine Anmerkung: Das World Economic Forum definiert Wettbewerbsfähigkeit «als die Kombination aus Institutionen, Politiken und Faktoren, die das Produktivitätsniveau eines Landes determinieren [...] Das Produktivitätsniveau determiniert auch die Renditen von Investitionen.»<sup>19</sup> Das also ist der Maßstab, an dem sich alle Staaten messen: Wo lassen sich die höchsten Renditen erzielen? Es stellt sich doch die Frage, ob dies ein angemessener Maßstab ist, um den Menschen weltweit ein gutes Leben zu ermöglichen.

### >> „Die Griechen sind korrupt“

Tatsächlich sind Steuerhinterziehung und Steuervermeidung in Griechenland stärker ausgeprägt als in anderen Ländern und «Korruption ist allgegenwärtig». Der Anteil der Schattenwirtschaft wurde vor der Krise auf rund 25 Prozent der Wirtschaft geschätzt (zum Vergleich: Deutschland etwa 15 Prozent) und die Summe der hinterzogenen Steuern auf 20 Milliarden Euro pro Jahr. Einordnung: Steuerhinterziehung und Korruption sind unbestreitbar ein großes Problem für Griechenland. Dazu fünf Anmerkungen: Erstens: Hinterzogene Steuern stellen eine Form der Umverteilung vom Staat zum privaten Sektor dar. Das Geld ist also nicht «weg». Insofern kann damit auch die griechische Krise nicht erklärt werden. Zweitens macht auch in Deutschland der Staat den Firmen Milliardengeschenke: Nur etwa die Hälfte der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen wird versteuert. Hier gibt es die größten Steuerrückstände. Grund: Allein in den Betriebsprüfungen fehlen Tausende von Beschäftigten. Ein Gutachten für das Bundesfinanzministerium kommt zu dem Ergebnis: Sechs Milliarden Euro Mehreinnahmen wären möglich. Drittens war die Korruption vom Ausland geduldet: «Verantwortlich für die griechische Schlamperei war der damalige Ministerpräsident Kostas Karamanlis. Ein enger Verbündeter von Kanzlerin Merkel in der EU. Mit Hilfe des willigen Griechen gelang es Merkel verschiedentlich, die Front der Südländer bei wichtigen EU-Entscheidungen aufzubrechen. Karamanlis war immer für einen Deal zu haben. Im Gegenzug musste der Grieche keine allzu kritischen Fragen zu seiner liederlichen Finanzpolitik fürchten.» Dies schrieb der ehemalige Chefredakteur des Handelsblattes.» Viertens haben auch deutsche Konzerne von der Schmiergeld-Wirtschaft in Griechenland profitiert. «Seit dem Jahr 2008 wurde in mehreren juristischen Auseinandersetzungen dokumentiert, dass die deutschen Unternehmen Siemens, Ferrostaal-MAN und Deutsche Bahn AG in großem Maßstab in Griechenland Politiker einkauften und politische Entscheidungen zu ihren Gunsten «finanzierten». So «investierte» allein der Siemens-Konzern seit Mitte der 1990er Jahre und rund ein Jahrzehnt lang in Griechenland 15 Millionen Euro pro Jahr – um auf diese Weise Politiker der beiden wichtigen Parteien, Nea Dimokratia und PASOK, günstig zu stimmen.» Fünftens: Dass das Korruptionsniveau in einem Land allein nicht ausschlaggebend ist, belegt der Korruptionsindex von Transparency International. Nach diesem Index war die Korruption in Griechenland (Rang 80 von 182 Staaten im Jahr 2011) zwar deutlich höher als in Deutschland (Rang 14). Gleichzeitig aber war sie kaum höher als im Wirtschaftswunderland China (Rang 75) und sogar geringer als in Boom-Staaten wie Indonesien oder Mexiko (beide Rang 100).

### >> „Griechenland hat sich mit gefälschten Bilanzen in die Währungsunion gemogelt“

Tatsächlich lag das griechische Haushaltsdefizit seit 1997 ständig oberhalb der von der EU erlaubten Grenze von 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts – auch während der Jahre 1997 bis 1999, die für die Zulassung des Landes zur Euro-Zone entscheidend waren. Dennoch durfte Griechenland dem Euro

beitreten. «Die Nachsicht der Gemeinschaft rächt sich jetzt.» Einordnung: Die «Schummelei» der griechischen Regierung wurde bereits 2004 bekannt und offiziell. «Wer behauptet, die Griechen hätten uns mit falschen Zahlen betrogen, der lügt. Das Zahlenwerk haben die angeblich Getäuschten in Wahrheit nie geglaubt», sagte CSU-Wirtschaftsexperte Georg Nüßlein. Dennoch gab es weder einen Ausschluss des Landes aus der Währungsunion noch ein Vertragsverletzungsverfahren oder Sanktionen wie etwa Kürzungen der EU-Hilfen. Warum nicht? Darüber können nur Vermutungen angestellt werden: So regierte ab 2004 Kostas Karamanlis in Griechenland, ein Vertrauter von Bundeskanzlerin Merkel (siehe Punkt 8). Zudem war es prinzipiell das Ziel der mächtigen EU-Staaten, möglichst viele Länder aufzunehmen, um der Währungsgemeinschaft ein größeres ökonomisches Gewicht zu verleihen – schließlich ist der Euro ein Konkurrenzprojekt zum Dollar, hinter dem mit den USA ein Viertel der Weltwirtschaftskraft steht. Darüber hinaus konnte somit die Euro-Zone in die geopolitisch wichtige Balkan- und Nahostregion ausgedehnt werden. Damit mag zusammenhängen, dass der IWF und die EU den Rüstungsetat Griechenlands beim Sparprogramm 2010 weitgehend ausklammerten. Dabei lag dieser – gemessen als Anteil am gesamten Haushalt – «zweieinhalb Mal höher als der deutsche und gut doppelt so hoch wie im EU-Durchschnitt. Seit den 1980er Jahren unterstützen insbesondere französische und deutsche Rüstungskonzerne und die Regierungen in Paris und Bonn respektive Berlin eine systematische Aufrüstung der Türkei und Griechenlands.»

#### **>> „Grund der Krise waren Griechenlands zu hohe Schulden“**

Bedingt durch die Finanzkrise wuchsen Griechenlands Staatsschulden zwischen 2007 und 2009 von 107 Prozent der Wirtschaftsleistung auf 129 Prozent. Einordnung: Die hohe Schuldenquote allein begründete nicht Griechenlands Probleme. «Bei der Schuldenquote gibt es nicht die «richtige» Höhe – weder in der Theorie noch in der Praxis.»<sup>31</sup> Italien kam 2010 auf eine Schuldenquote von 120 Prozent, Japan kam 2014 auf 240 Prozent seiner Wirtschaftsleistung. Beide Staaten galten nicht als pleite, Griechenland aber schon. Wieso? Weil die Finanzmärkte die Kreditwürdigkeit Griechenlands – und damit seine Anleihen – schlechter bewerteten. Dies trieb die Zinsen für neue Schulden so hoch, dass Athen kein neues Geld mehr leihen konnte. Zum Vergleich: Für zweijährige Staatsanleihen hätte Athen im Mai 2011 25 Prozent Zinsen zahlen müssen, Italien nur 3 Prozent und Japan gar nur 0,2 Prozent. Das Problem waren also die von den Finanzmärkten hoch spekulierten Zinsen. Solange die Zinsen so hoch sind, kann Athen kein Geld mehr an den Märkten aufnehmen. Damit ist der Staat faktisch pleite und bleibt nur durch die Kredite der EU-Staaten weiterhin zahlungsfähig. Man sieht: Ob ein Land pleitegeht, ist am Ende eine politische Entscheidung. Eine Anmerkung zur Geschichte der griechischen Schulden: Sie entstanden im Wesentlichen in der Wirtschaftskrise der 1980er Jahre, als die Schuldenquote Athens zwischen 1980 und 1995 von 30 Prozent auf etwas über 100 Prozent der Wirtschaftsleistung anstieg. Auf diesem Wert blieb sie – bis zur Krise 2009.

#### **>> „Die Finanzmärkte fürchteten einen griechischen Staatsbankrott.“**

An den Finanzmärkten stürzten griechische Anleihen 2010/11 ab. Spiegelbildlich stieg die Rendite dieser Anleihen. Einordnung: Die Finanzmärkte «fürchten» gar nichts. Sie sind kein menschliches Wesen mit Gefühlen und Ängsten. Und sie sind auch keine objektive Instanz, die die Finanzlage eines Landes sachlich bewertet. Der Finanzmarkt ist nichts weiter als die Gesamtheit der Anleger, die versuchen, mit Finanzinvestitionen möglichst viel Geld zu verdienen. Wer 2010/11 wirklich einen Staatsbankrott Griechenlands fürchtete, der hatte seine griechischen Staatspapiere längst verkauft.

«Alle anderen hoff[t]en darauf, dass Hellas gerettet wird und sie riesige Zinsgewinne einstreichen können.»

#### **>> „Deutsche Steuerzahler retten Griechenland“**

Mit dem ersten Hilfspaket von 2010 wurden Athen von öffentlichen Stellen (EU-Staaten, IWF, EU-Kommission) 110 Milliarden Euro an Unterstützung zugesagt. Das zweite Hilfspaket von 2012 beinhaltet 139 Milliarden Euro. Der deutsche Anteil betrug 2010 um die 22 Milliarden Euro, 2012 etwa 40 Milliarden Euro. Einordnung: Erstens sind es nicht die viel zitierten Steuerzahler, die Griechenland «helfen». Das deutsche Geld für Athen nahm die Bundesregierung nicht aus dem Steueraufkommen, sondern sie borgte es sich für ein bis drei Prozent Zinsen und lieh es an die «Krisenstaaten» weiter – inklusive Strafzinsen. Das war ein gutes Geschäft für die deutschen «Steuerzahler»: Durch die Zinsdifferenz flossen dem Bund bis Ende 2011 mehr als 300 Millionen Euro zu. Und es werden noch mehr – vorausgesetzt allerdings, die «Krisenstaaten» können ihre Schulden begleichen. Zwar wurden die Zinsen für die Hilfskredite 2011 und 2012 gesenkt. Dennoch verdient der Bundesfinanzminister weiter an ihnen: «Deutschland finanziert die Hilfen weiterhin günstiger als sie an Griechenland ausgereicht werden», so Schäuble. Allein für die bilateralen Kredite Deutschlands an Griechenland, die über die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) abgewickelt werden, konnte der Bund im Zeitraum 2010 bis 2014 Zinseinnahmen von insgesamt rund 360 Millionen Euro verzeichnen. Für die kommenden Jahre erwartet die Bundesregierung aus diesen Krediten zwar nur noch «geringfügige» Einnahmen für den Bundeshaushalt, aber immerhin noch 20 Millionen Euro jährlich. Insofern hat die BILD recht, wenn sie titelt: «Ihr griecht nix von uns!» Es ist umgekehrt: Per Saldo zahlte Griechenland an Deutschland. Zweitens sollten diese Milliarden nicht Griechenland «retten». Ihr erster Zweck war, den Hauptgläubigern Athens – vor allem Frankreichs und Deutschlands Banken – Verluste zu ersparen, die im Falle einer Staatspleite gedroht hätten. Zweitens «dienten die Notmaßnahmen insgesamt der Sicherung der Stabilität in der Euro-Zone», so das Bundesfinanzministerium. Explizit formulierte dies die Euro-Gruppe auch beim Beschluss zur Gründung des permanenten Euro-Schutzschirms ESM im März 2011: «Die Mitgliedstaaten, deren Währung der Euro ist, etablieren einen Stabilitätsmechanismus, der aktiviert wird, wenn dies unausweichlich ist, um die Stabilität der Euro-Zone als Ganzes zu sichern.» Das bedeutet: Die Kredite sollen nicht überschuldete Euro-Länder retten, sondern den Rest der Euro-Zone vor den Folgen ihrer Überschuldung. Es ist ein Schutz der Gläubiger vor den Schuldnern.

#### **>> „Die Regierung in Griechenland handelt verantwortungslos. Sie ist für eine schwere Wirtschafts- und Finanzkrise verantwortlich.“**

Bis Ende Januar 2015 regierte in Griechenland eine Regierung der großen Koalition. Ihr Premierminister Andonis Samaras gehört der konservativen Partei Nea Demokratia an. Diese Partei ist die Schwesterpartei von CDU/CSU. Der Koalitionspartner von Samaras war die PASOK-Partei, die der SPD nahesteht. Vor Samaras und im Zeitraum November 2011 bis Mai 2012 stand an der Spitze der Regierung in Athen Loukas Papademos – ein Banker, der 2002 bis 2010 Vizepräsident der Europäischen Zentralbank (EZB) war. Papademos war vor diesem EZB-Job Chef der griechischen Notenbank. Diese letztgenannte Funktion hatte er inne, als Griechenland in die Eurozone aufgenommen und die Drachme durch den Euro ersetzt wurde. Papademos war also maßgeblich für die Manipulationen mitverantwortlich, mit denen die griechische Staatsschuld bei der Aufnahme Griechenlands in die Eurozone künstlich heruntergerechnet wurde. Vor Papademos wiederum

regierte in Athen die PASOK-Partei allein mit dem Premier Giorgos Papandreou. Es gab also seit Ausbruch der neuen Krise in Griechenland in Athen immer Regierungen, die eng mit der deutschen politischen Klasse und mit den Parteien, die die Regierungen in Berlin trugen, verbunden waren. Diese Verbundenheit mit den Kreisen, die in Deutschland das Sagen haben, ging äußerst weit. Als Papandreou es im November 2011 wagte, einen Volksentscheid über das erste Troika-Memorandum und damit über die Austeritätspolitik, die von der EU und dem IWF verordnet worden war, anzukündigen, wurde er binnen weniger Tage aus dem Amt gefegt. An seine Stelle trat, wie bereits erwähnt, der „Technokrat“ und Banker Papademos. Dieser Regierungswechsel erfolgte ferngesteuert – ohne Wahl. Er war eindeutig von Berlin aus gesteuert, wobei die deutsche Regierung damals von der französischen Führung unter Sarkozy unterstützt wurde.

### **>> „Griechenland erhielt Milliarden-Hilfen. Irgendwann ist Schicht.“**

Die sogenannten Hilfgelder von derzeit rund 240 Milliarden Euro kamen nie bei der griechischen Bevölkerung an. Mindestens 80 Prozent – andere Analysen kommen auf 90 Prozent – davon flossen an deutsche, französische, an andere europäische und auch an griechische Banken.<sup>1</sup> Bei der Bevölkerung kam das Gegenteil von „Hilfe“ an: Da diese Kredite an die Auflagen der Troika mit all den Einschnitten u.a. im sozialen Bereich gekoppelt waren, sind die massiv gestiegene Arbeitslosigkeit und das verbreitete Elend in Griechenland eine direkte Folge der neuen Kredite. Bilanz: Bei den „Hilfen“ für Griechenland handelt es sich wie bei allen „Hilfen“ dieser Art, die es seit der Wirtschaftskrise 2008 gab, vor allem um Hilfen für den Bankensektor. Faule Kredite privater Banken werden umgerubelt in öffentliche Schulden.

### **>> „Die konkrete Politik vor Ort in Griechenland ist allein Sache der griechischen Regierungen. Wenn es da Hunger und Elend gibt, dann hat das nichts mit den Hilfspaketen zu tun.“**

Tatsächlich schrieb die Troika, also die EU, vertreten durch EU-Kommission und EZB, und der IWF, in ihren „Memoranden“ jeweils bis ins Detail vor, wie und wo in Griechenland zu „sparen“, in welcher konkreten Form der Sozialstaat abzubauen sei. Siehe die Beispiele, die Nikos Chilas in seinem Artikel auf Seite 3 nennt. Siehe die aktuellen Beispiele, die auf Seite 1 hinsichtlich der neuen EU-Forderungen genannt werden. Vergleichbares gilt auch für die deutsche Politik. Als beispielsweise am 27. Februar 2012 im Deutschen Bundestag ein neues „Hilfspaket für Griechenland“ verabschiedet wurde, da war der entsprechende Regierungsantrag, den der Bundestag am Ende mehrheitlich verabschiedete, mit einem Dokument untersetzt, in dem es u.a. heißt: „Notwendige Maßnahmen [der griechischen Regierung]: Kürzung der Aufwendungen für Arzneimittel um mindestens 1076 Mio. Euro im Jahr 2012.“ In dem Text werden über 11 Seiten hinweg und in Tabellenform weitere extreme Sparmaßnahmen im Sozialbereich im Detail aufgelistet. Diese werden ausdrücklich als Voraussetzungen dafür bezeichnet, dass die Kredite tatsächlich ausgezahlt werden. Bilanz: Die EU und der IWF sind direkt verantwortlich für das soziale Elend, für die massiv gestiegene Säuglings- und Kindersterblichkeit, für die hohe Selbstmordrate, für die Tatsache, dass ein Drittel der griechischen Bevölkerung nicht mehr krankenversichert ist, für den Umstand, dass bis zu 300 000 Menschen von der Stromzufuhr abgeschnitten wurden, für den Umstand, dass Hunderttausenden Schulkindern und Studierenden kein Lernmaterial zur Verfügung gestellt werden kann, für die Tragödie, dass Jahr für Jahr Zehntausende Griechinnen und Griechen das Land verlassen . Und so weiter und so fort.

**>> „Griechenland war doch auf gutem Weg – und dann kommt diese Laienspielschar in Athen an die Regierung und stoppt den Reformprozess.“**

Das Gegenteil ist der Fall. Griechenland befand sich bis zum Jahr 2009 auf einem holprigen Weg. Das Land wurde ab dem Jahr 2010 in eine Schussfahrt Richtung Abgrund gestoßen. Dies geschah als direkte Folge der Auflagen von EU und Troika. Die Grunddaten, die dies belegen: Die Schuldenquote Griechenlands lag 2009 offiziell bei 105 Prozent oder – wenn die Manipulationen voll berücksichtigt werden – bei 110 Prozent des BIP. Diese Quote liegt heute bei 178 Prozent. Das BIP fiel wie folgt: 2009: - 4,4 %; 2010: - 5,4 %; 2011: - 8,9 %; 2012: - 6,6 %; 2013: - 3,9 %; 2014: 0 %. Die Arbeitslosenquote stieg seit 2009 auf das Zweieinhalbfache. Bilanz: Der wirtschaftliche und soziale Abstieg des Landes begann vor allem ab dem Zeitpunkt, als die Troika faktisch die Kontrolle über die Politik in Griechenland in die Hand nahm. Sie bzw. ihre Auftraggeber EU und IWF behaupteten Jahr für Jahr, dass man „auf dem Weg der Besserung“ sei. So hieß es beispielsweise in der Erklärung der „Euro-Gruppe“ – der Finanzminister der Euro-Zone – vom 21. Februar 2012: „Diese Beiträge [neue „Reformen“ usw.; d. FCH-Red.] werden sicherstellen, dass die griechische Schuldenquote kontinuierlich zurückgeführt und bis 2020 bei 120 % des BIP liegen wird.“ Wohlgermerkt: Diese Quote stieg weiter und liegt heute bei knapp 180 Prozent. Es war also stets das Gegenteil der Fall.

**>> „Griechenland ist ein Sonderfall. Da passt dann auch eine besondere Behandlung.“**

2010 konnte man es tatsächlich so sehen: Griechenland als „Sonderfall“. Seither gab es jedoch den „Sonderfall Portugal“. Den „Sonderfall Irland“. Den „Sonderfall Spanien“. Den „Sonderfall Zypern“. Und es spricht vieles dafür, dass es in wenigen Monaten den „Sonderfall Italien“ geben wird. Es überzeugt nicht, von „Sonderfällen“ zu reden, wenn heute bereits fünf Eurozonen-Länder in vergleichbare Strukturkrisen abgerutscht sind und wenn sich ein Schwergewicht wie Italien auf der schiefen Ebene in eine solche Krise befindet. Offensichtlich wird der „Sonderfall Griechenland“ zum „Normalfall Strukturkrise Peripherie“ und möglicherweise sogar zum „Normalfall Eurozonen-Krise“. Siehe ausführlich Seite 6. Bilanz: Offensichtlich gibt es in der Eurozone eine innere Logik, die diejenigen Länder, die wirtschaftlich weniger stark sind, immer schwächer macht und diese immer mehr in die Krise und in soziales Elend stößt. Und es muss in dieser Eurozone eine innere Logik geben, die parallel dazu führt, dass die wirtschaftlich starken Länder, an deren Spitze Deutschland, fortgesetzt stärker werden. Diese Logik widerspricht aber sozialen Grundsätzen und dem Gebot, die Würde der Menschen zu respektieren.

**>> „Fehlende Bereitschaft reicher Griechen, ihre Steuerpflichten zu erfüllen.“**

Das ist grundsätzlich eine richtige Idee. Sie wird so auch von der neuen griechischen Regierung geteilt. Teilweise hat dies auch bereits Konsequenzen – Ende April wurde Griechenlands prominentester Bauunternehmer, Leonidas Bobolas, kurzzeitig wegen Steuerschulden verhaftet; er zahlte dann auch 1,8 Millionen Euro. Grundsätzlich stellt sich aber doch die Frage: Warum wird diese Forderung von einer neuen linken Regierung derart vehement gefordert? Die EU und die Troika, die in den vergangenen gut vier Jahren in Griechenland maßgeblich die Politik bestimmten und die eng mit den Vorgängerregierungen unter Papandreu, Papademos und Samaras verbunden waren, hatte ausreichend Zeit, auf die Einlösung dieser Forderung zu dringen.

**>> „Die reichen Reeder sind steuerbefreit – wie kann das sein?“**

Richtig ist, dass der größte Teil der griechischen Reeder kaum Steuern zahlt – weder in Griechenland noch anderswo. Der Grund ist ein doppelter: Erstens ist die Steuerfreiheit bei Investitionen in die Schifffahrt in der griechischen Verfassung verankert. Zweitens gehören den griechischen Reedern zwar knapp 4000 Schiffe, doch nur rund 800 fahren unter griechischer Flagge. Nachfrage zu Argument 2 Doch diese Steuerfreiheit für die Schifffahrt ist doch ein Skandal, der beseitigt werden muss!? FaktenCheck:HELLAS: Volle Zustimmung. Doch der Skandal hat eine lange Geschichte, die man verstehen muss. Die griechische Gesetzgebung mit einer weitreichenden Steuerfreiheit für Schifffahrt und Reederei wurde nach dem Zweiten Weltkrieg von Regierungen erarbeitet, die vor allem unter US-amerikanischem Einfluss standen. 1957 wurde unter einer konservativen Regierung als einzige Besteuerung der Reeder die „Tonnagegewinnermittlung“, auch „Tonnagesteuer“, eingeführt. Mit dieser Art Steuer wird der Gewinn faktisch nach Schiffsgrößen geschätzt – und damit dramatisch unterschätzt. 1967 wurde die weitgehende Steuerbefreiung der Reeder in die Verfassung aufgenommen. Damals herrschte in Griechenland ein faschistisches Regime unter den Obristen Pattakos und Papadopoulos, das 1967 mit einem Putsch an die Macht kam. Dieser Putsch wiederum war von der Nato gesteuert (er wurde fast 1:1 durchgeführt nach dem Nato-Plan „Prometheus“). Als das Faschisten-Regime 1974 gestürzt wurde, wurde die Steuerbefreiung auch in die neue Verfassung des Jahres 1975 übernommen – damals regierte in Athen erneut eine konservative Regierung. Diese rechten und konservativen Regierungen sind damit für die nunmehr viel kritisierte Steuerfreiheit der Reeder verantwortlich. Es ist nicht bekannt, dass diese Sonderrechte seitens der EWG/EG/EU oder der OECD oder dem IWF jemals im Zeitraum 1957 bis 2014 kritisiert worden wären.

**>> „Das hoch verschuldete Griechenland leistet sich damit ein Sondergesetz zur Begünstigung der Superreichen.“**

Es handelt sich längst um eine allgemeine, internationale Gesetzgebung. Die gesamte weltweite Schifffahrt ist geprägt überwiegend von Steuerfreiheit, von ergänzenden Steuerspar-Modellen beim Schiffbau (bei den Werften), von anderen indirekten und direkten Subventionen für die Schifffahrt und von einem allgemeinen „Ausflaggen“ – dem Fahren der Tanker und der Handels- und Containerschiffe unter Flaggen, deren Staat keine oder so gut wie keine Steuern verlangt. Das hat aus Sicht der weltweit agierenden Konzerne und Banken gute Gründe. Die auf derlei Art vielfach subventionierte Schifffahrt trägt dazu bei, dass die weltweiten Transportkosten extrem niedrig sind. Dies ist ein Motor der Globalisierung und der Beschleunigung des Welthandels: Waren, die irgendwo auf der Welt – z.B. in Bangladesch oder China – günstig hergestellt wurden, sind nun überall auf der Welt zu ähnlich niedrigen Preisen wie im Herstellerland erhältlich. Der Grund: Die in ihnen steckenden Transportkosten sind extrem niedrig, während der größte Teil der realen Transportkosten von den Steuerzahlenden bezahlt wird. Das heißt auch: Auf diese Weise erleiden die jeweiligen regionalen Ökonomien, die Umwelt und das Klima enormen Schaden. Auch Deutschland fördert seine Reeder und den Schiffbau. Am 31. Oktober 2012 war auf Spiegel.online zu lesen, die Schifffahrt werde „vielleicht nirgendwo so sehr protegiert wie in Deutschland“. Von den rund 3800 Schiffen deutscher Reeder schippern mehr als 3000 unter fremder Flagge, sind also in Steueroasen registriert. Die Tonnagesteuer wurde in Deutschland unter Rot-Grün, 1998, eingeführt. Der jährliche Steuerverlust, den der Fiskus mit der Tonnagesteuer erleidet, wird auf jährlich eine Milliarde Euro geschätzt.

**>> „Warum werden dann die privaten Einkommen der griechischen Reeder nicht besteuert?“**

Hier gibt es sicher „Nachholbedarf.“ Doch auch hier ist die Sachlage nicht so einfach. Viele griechische Reeder haben ihren Wohnsitz im Ausland gemeldet und/oder ihre Unternehmen im Ausland registriert. Sehr beliebt sind London und die britischen Virgin Islands. In diesen Tagen wird in Großbritannien über die „non-dom-Milliardäre“ debattiert. 116000 superreiche Ausländer haben einen britischen Pass und einen realen oder Scheinwohnsitz in Großbritannien. Sie sind „non domiciled“; der britische Fiskus kassiert von ihnen lediglich 90 000 Pfund im Jahr – für die Milliardäre ein Trinkgeld. Die non-dom-Regel ist ein spezifisches Steuerschlupfloch für Ultrareiche – darunter eine größere Zahl russische Oligarchen und griechische Reeder.

**>> „Und was ist mit den riesigen Griechen-Vermögen in der Schweiz (800 Milliarden)?“**

Stimmt: 800 Milliarden Euro wären ein fetter Brocken. Bald darauf hieß es allerdings, das griechische Vermögen auf Schweizer Banken belaufe sich auf 80 Milliarden Euro, wovon aber nur ein Teil Schwarzgeld sei. Wie auch immer – die Süddeutsche Zeitung erzählt in ihrer Ausgabe vom 27. März die Geschichte anders und wie folgt: : „Im Februar 2014 [also vor 14 Monaten!] schlug die schweizerische Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf ihrem damaligen griechischen Finanzministerkollegen vor, un versteuerte Gelder griechischer Bürger in der Schweiz zu suchen und nach Athen zu überweisen. Doch dann passierte lange nichts.“ Die konservative Regierung unter Samaras habe „die Gespräche [mit der Schweiz] nicht weiter verfolgt.“ Jetzt, im März 2015, habe sich die neue griechische Regierung gemeldet, um „die Gespräche über ein bilaterales Steuerabkommen wieder aufzunehmen“ und darüber zu verhandeln „wie die in der Schweiz gelagerten Vermögen nach Griechenland kommen könnten.“ Der Schwarze Peter liegt also auch hier bei der Vorgänger-Regierung in Athen, mit der doch Merkel, Hollande, Juncker und Schäuble ausgesprochen zufrieden waren. Vor allem läge es an der EU und allen Industriestaaten, grundsätzlich gegen Steueroasen vorzugehen. Und diese Oasen liegen ja nicht in Griechenland und sind keine griechischen Inseln, sondern sind EU-Staaten wie Luxemburg und Irland oder Inseln, die zu Großbritannien zählen, aber Sonderstatus haben – eben den von Steuerparadiesen, was ja für die normale Bevölkerung, die entsprechend mehr Steuern zahlen muss, heißt, Steuerhöllen.